

Suche nach den
Kräften und Werten
des Bewährten

Die Volkspartei der Mitte

Mario Voigt

Profil- und Programmatikdiskussionen sind zeitlos. Sie sind notwendige Debatten, weil politische Parteien Antworten auf gravierende Fragen unserer Zeit finden müssen. Jedoch beginnen sie nie beim Punkt null, sondern fußen auf einem gewonnenen Werteverständnis. Die Gründer der Union haben sehr bewusst die christlich-sozialen, die wertkonservativen und die liberalen Traditionen der deutschen Parteienlandschaft zusammengeführt. Sie wollten die „zweite Chance“ (Fritz Stern) nutzen und den Staat und seine Verfassung am christlichen Menschenbild ausrichten, um in bewusster Abkehr von den menschenverachtenden Ideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus moderne, freiheitliche Politik zu gestalten. Pate standen die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik. Sie wurden zum Fundament einer neuen Volkspartei. Dieses Fundament steht auch heute nicht ernsthaft infrage – es sollte auch nicht infrage gestellt werden. Vielmehr gilt es, die Stabilität der Werte in den Vordergrund zu rücken, die uns helfen, „den Erdbeben der Zukunft standzuhalten“ (Bischof Franz Bode).

Wir sind in vielfältiger Weise gefordert. Deutschland verändert sich und steht vor zentralen Herausforderungen, auf die es Antworten zu finden gilt. Vier stechen besonders heraus:

Der *demografische Wandel* verändert unsere Gesellschaft deutlich und auch ihre Dynamiken. Betrug der Anteil der über 65-jährigen 1990 noch vierzehn Prozent,

so waren es bereits 2004 zwanzig Prozent mit steigender Tendenz. Rund 86 Prozent aller Menschen ab 65 Jahren leben schon jetzt in Eingenerationenhaushalten, mehr als ein Drittel dieser Menschen lebt ganz allein. Diese Fakten machen deutlich, dass sich nicht nur die Gesellschaft in ihrer Zusammensetzung ändert, sondern auch die Formen ihres Zusammenlebens. Trotz der Freude über viele vitale Ältere bleiben Fragen nach den sozialen Arrangements, dem familiären Zusammenleben, öffentlicher Infrastruktur, Innovationsoffenheit und -freude oder der Zukunft der sozialen Sicherheit.

Die *technologische Revolution* zwischen iPhone, Facebook und Internet ändert in immenser Geschwindigkeit den individuellen Lebensrhythmus und beschleunigt den gesellschaftlichen Pulsschlag. Im Jahre 1994 hatte nur etwa die Hälfte aller Menschen auf dem Planeten jemals in ihrem Leben ein Telefonat getätigt. Im Jahre 2008 gab es 3,3 Milliarden Handy-Verträge weltweit. Das Leben wird schneller. Die Wahrnehmung von Realität und Fiktion, Kommunikation in Echtzeit oder der Einbruch der Arbeitswelt durch BlackBerry und Co. ins Private fordern soziale Arrangements heraus.

Die Twitter-Revolution in den arabischen Ländern führt uns in diesen Wochen vor Augen, welches gewaltige Instrument das Internet für den gesellschaftlichen Wandel ist und wie es ganze politische Systeme verändern kann. Zugleich werden auch soziale Fragen sichtbar zwischen denen, die im Internet le-

ben, und denen, die sich das Internet vorlesen lassen.

Und schließlich bringt die *Globalisierung* tief greifende Veränderungen mit sich, welche die „Welt nicht nur flacher“, sondern auch im wahrsten Sinne des Wortes zugänglicher macht. Gerade durch Technologie und Globalisierung sind immer mehr Kulturkreise und Lebensweisen verbunden und verknüpft. Wenn immer mehr Menschen durch Internet, Reisen, Information und Migration zusammenwachsen, hat das auch Auswirkungen auf das „gesellschaftliche Immunsystem“ in Deutschland.

Die *hohe Staatsverschuldung* zwingt uns zum Umdenken. Nicht mehr die Zuspitze, sondern der Schuldenberg ist der höchste Gipfel in unserem Land. Ein Weiter-so in der staatlichen Ausgabenpolitik ist unmöglich, da die Staatsverschuldung schon heute eine kaum zu bewältigende Hypothek für die Zukunft darstellt. Im vergangenen Jahr hat die Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland erstmals die 20 000-Euro-Marke überschritten. Seit 1990 hat sich der Schuldenstand des Staates verdreifacht. Unsere Schulden werden nicht nur immer höher, nein, der Schuldenberg wächst auch immer schneller. Der notwendige Kurswechsel in der staatlichen Ausgabenpolitik und dessen mehrheitsfähige Vermittlung entscheiden über die Stabilität unserer Demokratie.

Die Eruptionen dieser „gesellschaftlichen Erdbeben“ werden in Diskussion um Rentendebatten, Stuttgart 21, Sarrazin oder Hartz IV offenbar. Zunehmend fällt es schwerer, die innere Verflochtenheit der globalen Welt aufzuzeigen, in der es für die Rettung von Banken Milliardenentscheidungen in Minuten gibt, aber für die fünf Euro Hartz-IV-Erhöhung ein halbes Jahr benötigt wird; über eine generelle Reform fällt nicht einmal ein Wort. So wundert die Unsicherheit und Abkehr vieler Bürger nicht, die sich mit Entscheidungen konfrontiert sehen, die zwar

heute getroffen, deren Wirkungen aber erst in zehn Jahren sichtbar werden.

Gerade in Zeiten großer Unsicherheiten ist Vertrauen die stabilste aller Währungen. Stabilität, Sicherheit und die Suche nach den Kräften und Werten des Bewährten hat begonnen. Also nach dem, was bewahrt, und nach dem, was verändert werden soll. Für diesen Weg besitzen christliche Demokraten ein hervorragendes Rüstzeug, das Orientierung und Ordnung bietet. Das christliche Menschenbild gilt uns als ethische Grundlage für verantwortungsvolle Politik. Der Mensch und seine unantastbare Würde sind Leitbild einer an den realen Lebensbedingungen orientierten Politik. Papst Johannes XXIII. hat einmal gesagt, ein Christ sei Mensch, dem die Wirklichkeit so schmeckt, wie sie tatsächlich ist. Diesem Rat gilt es zu folgen.

Freie Entfaltung und soziale Verantwortung

Das christliche Menschenbild sagt uns, dass unsere Politik auf einem Wertefundament steht, bei dem der Balance von freier Entfaltung und sozialer Verantwortung des Menschen Rechnung getragen wird. Diese Balance ist wichtig, weil der Mensch zugleich Individuum und Sozialwesen ist. Diese Grundannahme macht deutlich, dass wir als Christdemokraten im Unterschied zu Liberalen und Sozialdemokraten eine ausgewogene Rolle des Staates wollen. Nur so viel Staat wie nötig und so wenig Staat wie möglich. Es ist unsere Überzeugung, dass der Staat in zentralen Bereichen notwendig ist. Wir wollen einen starken Staat, der Sicherheit garantiert, einen starken Staat, der gute Bildung gewährleistet und für eine moderne und zukunftsfähige Infrastruktur sorgt. Wir wollen aber dort keinen Staat, wo dem Einzelnen durch zu starke Eingriffe die Möglichkeiten für die freie Entfaltung genommen werden. Unser Staatsverständnis ist also eines, welches in der

Mitte steht zwischen denen, die die Abstinenz des Staates in weiten Bereichen fordern, und denen, die die allumfassende Kontrolle von allem durch den Staat propagieren. Diesem Verständnis folgt auch unsere Überzeugung von der sozialen Marktwirtschaft. Einer Wirtschaftsordnung, bei der es um die Ausgewogenheit von freiem Wettbewerb für Unternehmen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit für Arbeitnehmer geht. Dieser Anspruch ist das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft. Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Leistungswillen gehen Hand in Hand.

Die Idee der Balance zwischen freier Entfaltung und sozialer Verantwortung ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal unserer Politik. Wir stehen für eine Politik, die nicht von den Rändern her denkt, sondern die Mitte der Gesellschaft in den Blick nimmt. „Die Mitte“ zu sein hat nichts mit Beliebigkeit zu tun, sondern mit dem Anspruch, der individuellen Lebenswirklichkeit der breiten Mittelschicht unseres Landes ein politisches Angebot zu unterbreiten.

Politik für Maß und Mitte

Unser Denken vom Menschen her fordert, die Lebenswirklichkeit der Mitte der Gesellschaft in den Blick zu nehmen und ihr glaubhafter, wertegebender Anwalt zu sein.

Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beruht auf einem doppelten Versprechen. Das Versprechen zwischen Alt und Jung: Ich verspreche, heute so verantwortungsvoll zu leben, dass ihr auch noch morgen gut leben könnt. Und das Versprechen zwischen Arbeitenden und sozial zu Unterstützenden: Ich verspreche, nur so lange Leistungen der Gesellschaft in Anspruch zu nehmen wie unbedingt nötig. Auf diesen Versprechen fußt unser Generationenvertrag und die soziale Idee unseres Staates. Blickt man jedoch auf die heutige Situation, ist das ge-

sellschaftliche Immunsystem überfordert und droht zu kollabieren. Der Staat hat sich übernommen. Wir haben mehr Staat, aber immer weniger ist gerecht.

Der Hauptgrund für die Überforderung des Sozialstaates ist eine riesige Umverteilungsmaschinerie. Es gibt mittlerweile in unserer Gesellschaft drei Möglichkeiten, Einkommen zu erlangen: entweder durch produktive Arbeit, durch die Umverteilung staatlicher Institutionen oder durch Spekulation. Nun ist die Logik simpel: Je mehr Menschen ihre Aktivitäten von produktiven hin zu Umverteilungserwerb oder Spekulation verlagern, desto geringer wird die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, und so brüchiger wird der gesellschaftliche Zusammenhalt. Oder anders formuliert: Wenn immer mehr Menschen lieber das Fell verteilen wollen, als den Bären zu jagen, wird es eng.

Steigende Staatsquote, ausufernde Verschuldung, mangelnde Leistungsfähigkeit in vitalen Infrastrukturen – sie sind alles ein Ausfluss eines falschen Sozialversprechens. Sicherlich gewährleisteten viele Unterstützungszahlungen individuelle Sicherheit und soziale Stabilität. Wir haben aber ein Sozialhilfesystem aufgebaut, das die Illusion einer Vollabsicherung ohne eigene Anstrengung nährt. Dieser Verklärung des Sozialstaats seit der sozialliberalen Koalition der Siebzigerjahre müssen wir entgegentreten. Der Staat ist heute dazu übergegangen, nicht mehr durch Recht und Gesetz zu regieren, sondern durch die Macht des Geldes und ein Vollkaskoversprechen.

Infolge politisch gewollter Leistungsausweitung, Alterung und steigender Arbeitslosigkeit ist die Quote der Sozialleistungsempfänger von 1980 bis 2008 an der Gesamtbevölkerung um 15,7 Prozent gestiegen. Die Differenz zu den Erwerbstätigen beträgt jetzt nur noch knapp drei Prozent.

So wundert es nicht, dass es mittlerweile der Staat ist, der das Volksver-

mögen hortet: Noch nie in der deutschen Gesellschaft wurden so viel Steuern gezahlt – fünfhundert Milliarden im Jahr. Die Staatsquote ist jenseits von fünfundsiebenzig Prozent. Vor hundert Jahren betrugen sie zehn, vor fünfzig Jahren rund dreißig Prozent. Ordnungspolitisch kann man Deutschland damit heute getrost als so sozialistisch bezeichnen, wie es sich die schlimmsten 1968er nicht haben träumen lassen. Doch der Preis dafür ist hoch.

In der breiten Mitte unserer Gesellschaft existieren eine Frustration und das Gefühl, dass unterm Strich immer weniger übrig bleibt. Bei der Mittelschicht entspricht die gefühlte Lage auch dem tatsächlichen Bild: Schließlich haben Sozialstaatsversprechen der Politik das Gros der Finanzierung der Staatsausgaben bei ihr abgeladen. Ob die Bezahlung der Lehrer, der Bau von Straßen oder die Finanzierung der Renten: Wer Hartz IV oder ein sehr niedriges Einkommen bezieht, beteiligt sich an diesen Kosten zumeist nicht. Und wer vermögend ist und etwa von seinen Kapitaleinkünften und Spekulationen lebt, steuert nur einen Bruchteil dessen zu, was er leisten könnte. Wir müssen aufmerksam sein, dass wir in unserer Gesellschaft nicht Politik von den Rändern her denken: Gebt den Armen, nehmt den Reichen.

Die Mitte der Gesellschaft fürchtet vor allem eines – den sozialen Abstieg. Wollen wir dies verhindern, muss der Staat aufhören, sie gnadenlos auszunutzen. Die Nettoeinkünfte von Millionen von Arbeitnehmern, Handwerkern und Freiberuflern sind im letzten Jahrzehnt kaum gestiegen, vielmehr haben Steuerprogression, Sozialversicherung und Inflation die nominalen Zuwächse aufgeessen. Wir müssen endlich aufhören, einen Arbeitsplatz als Außenstelle des Wohlfahrtsstaates zu begreifen und ihn von den hohen Sozialabgaben befreien. Mehr Gerechtigkeit wagen heißt vor diesem Hintergrund, die Mittelschicht zu entlasten.

Die Mitte wird aufgeessen davon, dass neben Steuern und Sozialversicherung Praxisgebühr, Zusatzbeitrag, Riesterrete getreten ist. Das alles würde man noch hinnehmen, wenn man wüsste, wohin das führt. Die Mitte zahlt die Pflegekosten der Eltern, das Studium der Kinder und die eigene Riesterrete. Und das alles, ohne das jemand sagen kann, ob man in zwanzig Jahren selbst abgesichert ist. Es ist diese Orientierungslosigkeit, gepaart mit Verlustangst, die an der Mitte zehrt. Es ist der 60-jährige Landarzt, der geglaubt hat, seine Praxis ist seine Lebensversicherung, und der nun feststellt, dass diese eben nichts mehr wert ist. Es ist der Fernsehmechaniker, der für das BWL-Studium seines Sohnes schuftet und der sich selbst hinterfragt, weil die Menschen ihre neue Flimmerkiste sowieso im Mediamarkt kaufen. Es sind die Millionen der Mittelschicht, welche die Gesellschaft tragen, sich aber von ihr zusehends weniger getragen fühlen.

Politik muss sich damit beschäftigen, wie in unserem Land wirklich gelebt wird – und nicht wie gelebt werden sollte. Unsere Vision ist Wohlstand für alle. Hierfür ist eine Politik notwendig, die sich auf Maß und Mitte konzentriert. Es geht um die langfristige Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen, es geht darum, dass Arbeitnehmer von ihrem Erwerbseinkommen leben können und Leistungsempfänger so rasch wie möglich wieder in die Lage versetzt werden, für sich selbst zu sorgen.

Vor diesem Hintergrund werbe ich dafür, dass wir ein Leitbild einer neuen sozialen Moderne entwickeln. Kern eines solchen Leitbildes ist der Gedanke, dass wir als Gesellschaft wieder eine Familie werden müssen. Wir brauchen Unterstützung für Bedürftige, für die, die uns wirklich brauchen. Wir setzen Regeln und sanktionieren diese. Wir geben nur das aus, was wir einnehmen.

Die Union muss den Menschen wieder gesellschaftliche Orientierung geben. Das wird nur gelingen, wenn wir neu über Staat und soziale Gerechtigkeit in unserem Land nachdenken und die Leitlinien unserer Politik sowie die Werte, auf denen unsere Entscheidung fußt, in den Mittelpunkt stellen. Im Bereich der Sozialpolitik ist es das Prinzip des aktivierenden Sozialstaates in Abkehr zum alimentierenden Sozialstaat. Wir wollen, dass die Menschen mit ihrer eigenen Arbeit den sozialen Aufstieg schaffen, statt sich in dauernder staatlicher Abhängigkeit zu befinden. Gelingt dies nicht, gilt die Prognose Iwan in Dostojewskis *Brüder Karamasow*: „Am Ende werden sie uns ihre Freiheit zu Füßen legen und zu uns sagen ‚Macht uns zu euren Sklaven, aber füttert uns.‘“ Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Neuausrichtung unseres Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit brauchen, um Maß und Mitte wiederzufinden. Nur so werden wir das Versprechen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erneuern können.

Leistungsträger in den Blick nehmen

Die Union hat es immer verstanden, unterschiedliche Schichten, Gruppen und Ideen zu integrieren. Wir waren nie nur die Partei der Armen oder Reichen, der Besserverdienenden oder irgendwelcher soziologischer Sonderlinge. Wir waren Querschnitt, im besten Sinne Durchschnitt der Gesellschaft. Dabei wurde unsere Politik immer von entscheidenden Verbündeten getragen, um deren Treue und Hilfe wir uns wieder mehr bemühen müssen: die Mitte der Gesellschaft; die Leistungsträger des Alltags. Menschen, die jeden Tag früh aufstehen, sich um die gute Schulbildung ihrer Kinder sorgen und nicht nach dem Staat fragen, wenn sie durch ihren Fleiß, ihre Arbeit, ihre Ideen und ihren Einsatz unser Land voranbringen. In dieser Gruppe existiert die Sorge, dass die Gegenwart besser ist, als die Zu-

kunft sein wird. Für sie kämpfen wir, denn mit ordentlicher Arbeit muss auch ein auskömmliches Leben möglich sein.

Ist diese Politik jetzt mehr konservativ, mehr liberal oder mehr christlich sozial? Schwer zu sagen. Offen gestanden ist es wahrscheinlich egal, denn es darf durchaus bezweifelt werden, dass es die Union voranbringt, sich als Partei des kleinen ideologischen Karos zu zeigen, bei der es darum geht, dort noch ein paar Prozent mehr konservativ und da ein paar Prozent mehr sozial zu sein. Vielmehr ist den Bürgern jenseits aller Profildebatten an der Union eines wichtig: Sie erwarten, dass wir ihre Alltagssorgen aufnehmen, klare Vorstellungen für die Zukunft formulieren und bei der Politikgestaltung handwerklich solide arbeiten. Unser Auftrag als undogmatische, pluralistische und wertorientierte Partei ist es, den Menschen zu dienen.

Mit diesem Selbstvertrauen hat gerade die Union trotz aller Herausforderungen die Chance, die moderne Volkspartei der Mitte zu bleiben. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die CDU bereit ist, sich weiter zu verändern. Die Union wird dann erfolgreich sein, wenn sie nicht einer Zeit hinterhertrauert, die es nicht mehr geben wird. Es macht keinen Sinn, die Optimierungsmöglichkeiten der CDU an vergangenen Zuständen zu messen. Auch die handelnden Akteure der letzten Jahrzehnte würden mit der Politik der letzten Jahrzehnte nicht wieder die Erfolge der letzten Jahrzehnte erringen. Insofern wird die CDU ihre Rettung nicht in den Konzepten der Vergangenheit wiederfinden. Lebenswirklichkeiten haben sich unveränderlich gewandelt. Es ist an der CDU, diese Realität anzunehmen und zu versuchen, sie zu prägen. Das bedeutet jedoch nicht, der politischen Belieblichkeit das Wort zu reden. Vielmehr erinnert es daran, unser Wertegerüst an aktuellen Fragen zu prüfen, ein lebensnahes Profil zu entwickeln und als große Kraft der Mitte den Zeitgeist zu prägen.